



Antrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Joachim Hanisch, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU

Förderung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durch die Stärkung von Jugendparlamenten und Jugendbeauftragten im bayerischen Kommunalrecht

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich dafür aus, dass sich die Staatsregierung, unter Beachtung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts, für die Förderung der Jugendbeteiligung auf kommunaler Ebene durch die Stärkung von Jugendparlamenten und Jugendbeauftragten einsetzt.

Hierfür sind z. B. folgende Maßnahmen als geeignet anzusehen:

- Implementierung des Themenfelds Jugend in staatlich geförderte Programme wie z. B. „Zentrum für Nachhaltige Kommunalentwicklung“
- Qualitätsempfehlungen für „jugendfreundliche Kommunen“
- Fortführung der zahlreichen bereits bestehenden Bildungsangebote (z. B. des Bayerischen Jugendrings, der Katholischen Landjugendbewegung Bayerns, des Städte-, des Landkreis- und des Gemeindetags) für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, insbesondere für die Jugendbeauftragten der Gemeinderäte sowie Vertreterinnen und Vertreter der Jugendringe und Jugendverbände in Jugendhilfeausschüssen hinsichtlich Jugendpolitik und Jugendbeteiligung
- Förderung der Teilnehmungsformen und Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen

Begründung:

Jugendparlamente verfolgen das Ziel, Jugendlichen eine Plattform für die Auseinandersetzung mit aktuellen Themen der Politik zu geben und dabei ihre Ideen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen. Mit Hilfe von Jugendparlamenten wird das politische Interesse und Engagement von Jugendlichen geweckt und gefördert. Jugendliche erhalten einerseits einen Einblick in das politische Tagesgeschehen, andererseits besteht die Möglichkeit, sich im Rahmen von Optimierungskonzepten aktiv in den zuständigen Gemeinden für jugendpolitische Angelegenheiten einzusetzen und dabei die Interessen Gleichaltriger zu vertreten.

Zudem benennen seit 2002 nahezu fast alle Gemeinden in Bayern Jugendbeauftragte, deren Wirken sich zu einem Garanten für gelingende kommunale Jugendpolitik entwickelt hat. Elemente der kommunalen Jugendpolitik umfassen das Sicherstellen von notwendigen Einrichtungs-, Mitarbeiter-, Beteiligungs- und Förderstrukturen. Ferner besteht die Möglichkeit, individuelle Angebote der Gemeinde zu unterstützen und zu koordinieren. Jugendbeauftragte fungieren als Schnittstelle zwischen Gemeinde, Vertreterinnen und Vertretern der Kinder- und Jugendarbeit sowie zu den Kindern und Jugendlichen selbst. Sie leisten somit wichtige Beiträge und Impulse zur Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit in den Städten, Märkten und Gemeinden. Durch unterschiedliche politische Partizipationsmöglichkeiten in Form von Jugendparlamenten, Jugend(stadt)räten oder Jugendforen erhalten junge Menschen die Gelegenheit, sich in Arbeitsgruppen und Ausschüssen zusammenzuschließen, um zu einzelnen kommunalen Schwerpunktthemen Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Die im Rahmen von parlamentarischen Abläufen verabschiedeten Entschlüsse werden dann den jeweiligen Politikern vorgelegt und an die zuständigen politischen Ausschüsse auf Länder-, Bundes- und europäischer Ebene weitergereicht. Die Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen werden demnach entscheidend verbessert und verhelfen zur Entwicklung von Verantwortung und Identifikation in der Gemeinde.